

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Gewerkschaftsmonitor

März 2020

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Auch eineinhalb Jahre nach den Parlamentswahlen im Oktober 2018 waren die unterschiedlichen Regierungsbildungsprozesse in Bosnien und Herzegowina noch nicht abgeschlossen (Stand März 2020). Die gesamtstaatliche Ebene erhielt erst 15 Monate nach den Wahlen eine neue Regierung, während in der Föderation Bosnien und Herzegowina weiterhin die alte Regierung geschäftsführend im Amt ist. Nahezu alle Aufmerksamkeit galt und gilt daher seit vielen Monaten den Regierungsbildungsprozessen, weshalb dringende sozio-ökonomische Reformen, für die es enormen Bedarf gibt, auf der Agenda politischer Entscheidungsträger_innen einmal mehr vernachlässigt werden. In einem Land mit 14 Regierungen auf unterschiedlichen Ebenen und einem politischen System, das geradezu dazu einlädt, unterschiedliche Blockademechanismen für die Dominanz der eigenen »ethnisch« definierten Gruppe anzuwenden, ist die Durchsetzbarkeit von Reformen extrem schwierig. Die im Oktober 2020 anstehenden Kommunalwahlen haben das Land erneut in einen Vorwahlmodus versetzt. Themen, die dazu dienen, Angst zwischen den unterschiedlichen Volksgruppen zu schüren und die eigenen Wähler_innen zu mobilisieren, bestimmen die politische Agenda. Die realen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Probleme bleiben weitgehend unthematisiert. Parallel zur Befassung mit ethnonational definierten politischen Scheinthemen, stellen unterschiedliche besorgniserregende Entwicklungen Bosnien und Herzegowina vor enorm große Herausforderungen. Ein Beispiel dafür ist der massive Abwanderungstrend, der den ohnehin bereits vorhandenen Fachkräftemangel weiter verstärken und die Stabilität des Gesundheits- und Rentenfonds in naher Zukunft negativ beeinflussen wird.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Bis heute haben es die Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina nicht geschafft, eine gestaltende Rolle in wirt-

schafts- und sozialpolitischen Entscheidungsprozessen einzunehmen. Die Schattenwirtschaft blüht und macht relevanten Schätzungen zufolge 25 Prozent des GDPs aus. Dadurch gehen bis zu 1,5 Mrd. EUR an Steuergeldern verloren. Die Arbeitslosigkeit betrug im Jahr 2019 laut ILO 21,2 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit 47,4 Prozent. Der durchschnittliche Nettolohn beträgt ca. 415 Euro, der durchschnittliche Verbraucher_innenkorb, den die Gewerkschaften monatlich errechnen, ca. 980 Euro. Demzufolge bedarf es mehr als zwei durchschnittlicher Nettolöhne, um den Verbraucher_innenkorb zu decken. Für ein realistisches Bild kommt hinzu, dass der Durchschnittslohn aufgrund der im staatlichen Sektor gezahlten Löhne relativ hoch ausfällt. 45 Prozent der Arbeiter_innen verdienen jedoch weniger als 250 Euro und 73 Prozent leben mit einem Einkommen von weniger als 400 Euro in relativer Armut. Mit großer Mühe haben es die Gewerkschaften in der Republika Srpska geschafft, den im Allgemeinen Tarifvertrag festgelegten Mindestlohn von 225 Euro auf 260 Euro zu erhöhen.

Die festgelegte Mindestrente von ca. 185 Euro wird an über 60 Prozent der Rentner_innen ausgezahlt, was sie in eine Situation der absoluten Armut bringt. Über 95 Prozent der Rentner_innen erhalten eine Rente, die niedriger als 400 Euro ist, wodurch diese Gesellschaftsgruppe, ähnlich wie insbesondere auch die nicht im staatlichen Sektor beschäftigten Arbeitnehmer_innen, in die relative Armut gedrängt werden. Die in diesen wenigen Zahlen zum Ausdruck kommenden ökonomischen und sozialen Realitäten verdeutlichen, wie dringend starke und einflussreiche Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina benötigt werden.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaften sehen sich in Bosnien und Herzegowina insbesondere seit 2015 einem kontinuierlichen Druck ausgesetzt. Die öffentliche Wahrnehmung zeugt davon, dass sie es nicht schaffen, als gleichberechtigter, respektierter Sozialpartner wahrgenommen zu werden. Sie sind mit der Bewältigung einer Vielzahl paralleler Herausforderungen konfrontiert. Sie

kämpfen um den Allgemeinen Tarifvertrag und die Aushandlung neuer Branchenverträge mit Arbeitgebern und Regierung und versuchen zeitgleich, interne Zerwürfnisse zu regeln und die Einigkeit innerhalb der Organisationen zu sichern, was in vielen Fällen nicht oder nur teilweise gelingt. In der Föderation liegt der soziale Dialog auf Eis, ein verbindlicher Mindestlohn ist nicht in Kraft. In der Republika Srpska existiert der Sozialdialog auf Entitätsebene zwar und die Gewerkschaften fordern Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, weitreichende Ergebnisse konnten jedoch nicht erreicht werden. In der Föderation Bosnien und Herzegowina ist die Situation besonders schwierig. Seit es im Februar 2018 bei dem Kongress des SSSBiH zum Abbruch der Wahl des neuen Vorsitzenden kam, stehen interne Spaltungen und Streitigkeiten im Vordergrund der Aufmerksamkeit in den und um die Gewerkschaften. Unabhängig von der Frage, wie und warum es zu diesen internen Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften gekommen ist, muss konstatiert werden, dass die Gewerkschaften – und Arbeitnehmer_innenbelange insgesamt – in Bosnien und Herzegowina deutlich geschwächt sind. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass der eigentlich verpflichtende tripartite Sozialdialog im Wirtschafts- und Sozialrat der Föderation de facto nicht stattfindet.

GEWERKSCHAFTEN IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus waren die Gewerkschaften etablierter Bestandteil der Machtstrukturen und der realsozialistischen Ideologie jugoslawischer Prägung. Bis Ende der 1980er Jahre haben sie sich von den politischen Eliten nicht nur nicht emanzipiert, sondern waren ein Teil von ihnen. Der Systemwechsel 1990 bedeutete eine grundlegende Veränderung der Rahmenbedingungen für die gewerkschaftliche Arbeit und die Auseinandersetzung mit einer Reihe von komplexen neuen Herausforderungen. Angefangen bei der Auflösung der früher selbstverständlichen gewerkschaftlichen Privilegien

und der nahezu obligatorischen Mitgliedschaft bis hin zum Anstieg der Arbeitslosigkeit und den in großen Teilen kriminellen Privatisierungen, die die Industrie des Landes zerstört haben.

Für die auch in Bosnien und Herzegowina neoliberal dominierte Ausgestaltung des postsozialistischen Transformationsprozesses hin zu einer Marktwirtschaft (Privatisierung, Austeritätspolitik) hätte es als Gegengewicht einer starken Gewerkschaftsbewegung bedurft – ein Bedarf, den es weiterhin gibt, um den Transformationsprozess im Sinne der Arbeitnehmer_innen mitgestalten zu können. Dies ist bislang jedoch nicht gelungen. Die mit dem Systemwechsel verbundenen neuen Formen der Organisationsfreiheit haben den Organisationsgrad der Arbeitnehmer_innen negativ beeinflusst. Während die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor gut aufgestellt sind, ist der Organisationsgrad in der Privatwirtschaft sehr niedrig. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge liegt dieser in der Privatwirtschaft lediglich bei ca. 10 Prozent.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die politische Teilung des Landes in zwei Entitäten (Föderation Bosnien und Herzegowina und Republika Srpska) und den Sonderverwaltungsdistrikt Brčko spiegelt sich auch in der territorialen und organisatorischen Trennung der Gewerkschaften in drei Gewerkschaftsbünde (Savez samostalnih sindikata BiH – SSSBiH, Savez sindikata RS – SSRS und Sindikat Brčko Distrikta – SBD) wider – der gesamtstaatliche Dachverband der Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina (Konfederacija sindikata BiH – KS BiH) ist nur auf Kontakte mit internationalen Gewerkschaftsorganisationen beschränkt. Insgesamt weisen die Gewerkschaften landesweit ein starkes Ungleichgewicht im Organisationsgrad zugunsten der Beschäftigten im öffentlichen Sektor auf.

Derzeit am einflussreichsten sind die im öffentlichen Sektor organisierten Gewerkschaften (Staatsbeamte, Bildung etc.), sowohl in der Republika Srpska als auch in der Föderation Bosnien und Herzegowina.

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Bosnien und Herzegowina

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Savez samostalnih sindikata BiH – SSSBiH (Bund der unabhängigen Gewerkschaften von BiH – SSSBiH)	Vorsitz: Selvedin Šatorović (Rechtmäßigkeit seiner Wahl wird jedoch von Teilen der Mitgliedsbranchen angezweifelt)	Nach eigenen Angaben ca. 170.000	Durch den gesamtstaatlichen Dachverband Konföderation – KS BiH ist der Gewerkschaftsbund SSSBiH Mitglied im IGB und hat einen Beobachterstatus im EGB.
Savez Sindikata Republike Srpske – SSRS (Gewerkschaftsbund der Republika Srpska SSRS)	Vorsitz: Ranka Mišić	Nach eigenen Angaben ca. 97.000	Durch den gesamtstaatlichen Dachverband Konföderation – KS BiH ist der Gewerkschaftsbund SSRS Mitglied im IGB und hat einen Beobachterstatus im EGB.

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Bosnien und Herzegowina

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Samostalni sindikat osnovnog obrazovanja i odgoja Federacije BiH – SSOOiOFBIH (Unabhängige Gewerkschaft für Grundschulbildung und Erziehung FBIH – SSOOiOFBIH)	SSSBIH	Selvedin Šatorović	Nach eigenen Angaben ca. 20.000	Mitglied im Europäischen Gewerkschaftskomitee für Bildung (ETUCE)
Samostalni sindikat državnih službenika i namještenika u organima državne službe, sudskoj vlasti i javnim ustanovama u FBIH – SUFBIH (Unabhängige Beamten- und Justizgewerkschaft Föderation BiH – SUFBIH).	–	Samir Kurtović	ca. 22.000	European Public Service Union (EPSU) und Public Service International (PSI)
Sindikat obrazovanja, nauke i kulture Republike Srpske – SONK RS (Bildungsgewerkschaft der Republika Srpska)	SSRS	Dragan Gnjatić	ca. 15.000	Mitglied im Europäischen Gewerkschaftskomitee für Bildung (ETUCE)
Sindikat lokalne samouprave, uprave i javnih službi Republike Srpske (Gewerkschaft der lokalen Selbstverwaltung, der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes der Republika Srpska)	SSRS	Branko Zelenović	ca. 7.000	Keine, da es sich um eine junge Gewerkschaft (2018) handelt

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Arbeit in Bosnien und Herzegowina sind weitgehend in Ordnung. Bosnien und Herzegowina hat viele ILO-Konventionen ratifiziert, darunter das ILO-Übereinkommen 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts. Trotz der vorhandenen gesetzlichen Voraussetzungen sind Gewerkschaften in weiten Teilen der Privatwirtschaft nicht existent. Als Hauptgrund für den niedrigen Organisationsgrad in der Privatwirtschaft und damit eine insgesamt schwache Position der Gewerkschaften wird Angst genannt. Arbeitnehmer_innen haben Angst, sich gewerkschaftlich zu organisieren, weil sie dadurch Gefahr laufen, unterschiedlichen Sanktionen seitens des Arbeitgebers ausgesetzt zu werden. Das geringe Vertrauen in die Gewerkschaften trägt dazu bei, dass sich in der gesamten Nachkriegszeit in diesem Bereich nur wenig verbessert hat.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaften bleiben insgesamt in einer schwierigen Lage. In der Republika Srpska ist die Stellung von Gewerkschaften zwar etwas besser, es gibt einen Sozialdialog und die Gewerkschaften konnten durch ihr Engagement einige Erfolge verbuchen. Diese sind jedoch zu gering, um von einer wesentlichen Veränderung sprechen zu können. So wurde z. B. der Mindestlohn von 225 auf 260 Euro angehoben – damit braucht man weiterhin über dreieinhalb Mindestlöhne, um den durchschnittlichen Verbraucher_innenkorb zu decken. Ein allgemeiner Tarifvertrag wird seit langem verhandelt, wurde aber nicht verabschiedet. In der Föderation existiert der Sozialdialog auf Entitätsebene seit gut zwei Jahren nicht mehr. Der

Allgemeine Tarifvertrag ist abgelaufen, es gibt keine Verhandlungen um einen neuen. Den gesetzlich festgelegten Mindestlohn gibt es mittlerweile auch nicht mehr.

Interne Zerwürfnisse haben zur schwierigen Situation der Gewerkschaften beigetragen. Die Rechtmäßigkeit der Wahl des aktuellen Vorsitzenden des SSSBIH wird von Teilen der Mitgliedsgewerkschaften angezweifelt, weshalb ein weiterer Kongress ohne seine Anwesenheit von den »Oppositionsgewerkschaften« organisiert wurde, der wiederum von der aktuellen Führung nicht anerkannt wird. Die Kongresse und Verfahren werden nun vor Gericht geprüft, um anschließend über die Zukunft der Gewerkschaftsführung entscheiden zu können. Eine potenzielle Annäherung der zerstrittenen Gewerkschaften scheint zum jetzigen Zeitpunkt in weite Ferne gerückt zu sein.

Im Gegensatz zur Entitätsebene, auf der die zwei größten Gewerkschaftsbünde engagiert sind, gibt es auf Branchenebene Beispiele erfolgreich abgeschlossener Tarifverhandlungen. Im öffentlichen Sektor ist die Tarifabdeckung vergleichsweise hoch.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Tatsache, dass Gewerkschaften in unterschiedlichen soziologischen, politischen oder wirtschaftlichen Forschungen nicht vorkommen, bestätigt leider die Einschätzung, dass sie nicht als bedeutender Akteur wahrgenommen werden. Eine der wenigen Studien, in denen das Vertrauen in Gewerkschaften befragt wurde, war die FES-Jugendstudie aus dem Jahr 2014. Lediglich 21 Prozent der Befragten Jugendlichen

haben Vertrauen in Gewerkschaften, während 32 Prozent überhaupt kein Vertrauen in Gewerkschaften haben. Die Gewerkschaften befinden sich demnach auf der achten Position, hinter Religionsgemeinschaften, der Polizei, Medien, NGOs, der internationalen Gemeinschaft, aber immer noch vor politischen Parteien und den Regierungen.

Die Gewerkschaften versuchen, in einem schwierigen gesellschaftspolitischen Umfeld eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und somit der Lebensqualität zu erreichen, um dadurch auch gegen den starken Abwanderungstrend zu agieren. Ihre Forderungen bleiben jedoch weithin unbeachtet. Auch daran kann der geringe politische Einfluss der Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina abgelesen werden.

Auf internationaler Ebene sind die Gewerkschaften relativ gut vernetzt. Die Gewerkschaftsbünde SSSBIH und SSRS sind durch den gesamtstaatlichen Dachverband Mitglied im IGB und haben einen Beobachterstatus im EGB. Viele Branchen sind mit ihren europäischen und internationalen Partnerorganisationen vernetzt.

Peter Hurrelbrink, Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bosnien und Herzegowina

Merima Ejubović, Projektkoordinatorin für Gewerkschaften im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sarajewo

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.